

Stand: 08.05.2026 02:34:49

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/20839

"Binnengrenzkontrollen verlängern - besserer Schutz der EU-Außengrenzen, aber keinen Etikettenschwindel"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/20839 vom 21.02.2018
2. Beschluss des Plenums 17/20890 vom 22.02.2018
3. Plenarprotokoll Nr. 124 vom 22.02.2018



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Pia-zolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Binnengrenzkontrollen verlängern – besserer Schutz der EU-Außengrenzen, aber keinen Etikettenschwindel

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Der Landtag stellt fest, dass der Grenzschutz auch für Bayern weiterhin gemäß Art. 87 Abs. 1 des Grundgesetzes (GG), § 2 Abs. 1 des Bundespolizeigesetzes (BPolG) eine Bundesaufgabe ist, und lehnt die Ankündigung des designierten Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder, eine eigene bayerische Grenzpolizei aufzubauen, ab.
- II. Der Landtag spricht sich dafür aus, dass die Binnengrenzkontrollen zwischen Deutschland und Österreich über Mai 2018 hinaus verlängert werden.
- III. Ferner fordert der Landtag die Staatsregierung auf,
 1. sich auf Bundes- und Europaebene verstärkt für eine Intensivierung der Zusammenarbeit und den Ausbau der Personalkapazitäten im Bereich des Grenzschutzes einzusetzen;
 2. sich für eine Intensivierung und einen Ausbau des Polizeikooperationszentrums in Passau und ggf. weitere Kooperationen einzusetzen und diese voranzutreiben;
 3. die Schleierfahndung weiter zu intensivieren;
 4. die Ausbildungskapazitäten und Stellen im Bereich der Polizei weiterhin und nachhaltig auszubauen;
 5. in geeigneten Fällen zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung von Art. 35 Abs. 2 S. 1 GG Gebrauch zu machen und die Bundespolizei zur Unterstützung der Bayerischen Polizei einzusetzen.

IV. Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, zum Sachstand über die geplante Aufhebung des Verwaltungsabkommens zwischen dem Bund und Bayern aus dem Jahr 2008, in dem vereinbart wurde, dass die grenzpolizeilichen Aufgaben an Flughäfen Nürnberg und Memmingen von bayerischen Beamten wahrgenommen werden, zu berichten.

Begründung:

Der designierte bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat gegenüber verschiedenen Medien angekündigt, eine bayerische Grenzpolizei gründen zu wollen. Der Direktionssitz der neuen bayerischen Grenzpolizei soll in Passau sein. Vom Direktionssitz in Passau aus sollen dann die Aktivitäten der Grenzpolizei bayernweit gelenkt werden und an mehreren weiteren grenznahen Standorten sollen dazu Grenzpolizei-Inspektionen gegründet werden, so Söder.

Insgesamt soll die neue bayerische Grenzpolizei eine eigenständige Organisation innerhalb der bayerischen Polizei sein, „mit eigenem Abzeichen, mindestens 500 Mann sowie 160 Einsatzfahrzeugen“, so Dr. Markus Söder weiter. Zur zeitlichen Umsetzung sagte er, er wolle „Nägel mit Köpfen machen – vor der bayerischen Landtagswahl“.

Dass es sich bei den Ankündigungen nicht wirklich um eine bayerische Grenzschutzpolizei handelt, lassen die Ankündigungen zwischen den Zeilen erkennen, denn auch Dr. Markus Söder sagte beispielweise im Interview mit der Passauer neuen Presse, dass für die Sicherung der bundesdeutschen Grenzen der Bund mit der Bundespolizei zuständig sei. Dies lässt nur den Schluss zu, dass hinter den Ankündigungen von Dr. Markus Söder Wahlkampfstrategie mit einem Etikettenschwindel steckt und der Aufbau einer neuen Leitungsbehörde samt Verwaltungsapparat zusätzliche Bürokratien mit einem wohlklingenden Namen bringt. In der Sache geht es aber lediglich um eine Ausweitung der Schleierfahndung.

Die Staatsregierung hätte den Ankündigungen schon lange Taten folgen lassen können, anstatt durch neue große Ankündigungen mit wohlklingenden Namen von der verfehlten Personalpolitik im Bereich der Polizei der vergangenen Jahre abzulenken und nun Wahlkampfpopulismus zu betreiben. Die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER hatte auf die Personaldefizite im Bereich der Bayerischen Polizei schon vor vielen

Jahren und immer wieder zu den Haushaltsverhandlungen aufmerksam gemacht und die Staatsregierung durch verschiedene Anträge zur Verstärkung und Intensivierung der Schleierfahndung u. a. mit den

Dringlichkeitsanträgen auf Drs. 17/15060 und Drs. 17/18269 aufgefordert. Diese Anliegen wurden immer mit der lapidaren Begründung „nicht notwendig“ abgetan.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/20839

Binnengrenzkontrollen verlängern – besserer Schutz der EU-Außengrenzen, aber keinen Etikettenschwindel

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Manfred Ländner

Abg. Johann Häusler

Abg. Eva Gottstein

Abg. Georg Rosenthal

Abg. Katharina Schulze

Staatssekretär Gerhard Eck

Abg. Jürgen Mistol

Präsidentin Barbara Stamm: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Karl Freller u. a. und Fraktion (CSU)

**Binnengrenzkontrollen verlängern - Besserer Schutz der EU-Außengrenzen
(Drs. 17/20792)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Binnengrenzkontrollen verlängern - besserer Schutz der EU-Außengrenzen, aber keinen Etikettenschwindel (Drs. 17/20839)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und darf als erstem Redner für die CSU-Fraktion Herrn Kollegen Ländner das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Manfred Ländner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Weil wir den ersten Antrag hatten, muss ich wahrscheinlich auch als Erster sprechen. Das mache ich gerne, obwohl ich auch gerne geantwortet hätte; denn unser Antrag ist ganz einfach. Die CSU-Fraktion bittet die Staatsregierung um einen schriftlichen Bericht zum beabsichtigten Aufbau einer Einheit, die speziell mit Grenzkontrollaufgaben betraut ist. Ich glaube, das ist unstrittig. Das sollten wir tun.

Was mich etwas verwirrt, ist der Antrag der FREIEN WÄHLER. Wie immer: FREIE WÄHLER – schwierig. Entweder haben Sie nichts verstanden, oder Sie wollen es nicht verstehen. Sie sprechen in Ihrem Antrag davon, dass wieder eine Bayerische Grenzpolizei errichtet werden soll. Ich weiß nicht, wie nostalgisch Sie veranlagt sind. Wir hatten eine Bayerische Grenzpolizei, aufrechte Polizeibeamte im Lodenmantel und mit Bergmütze, an der Ostgrenze, am Eisernen Vorhang, und an der Grenze zu Österreich. 1989 haben sich aber massive Veränderungen ergeben. Die Bayerische Grenzpolizei ist in der Folge abgeschafft worden, und niemand, auch nicht die CSU, will die

Bayerische Grenzpolizei wieder so einführen, wie sie bestanden hat. Tausende von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten der Bayerischen Grenzpolizei haben über Jahrzehnte einen herausragenden Dienst verrichtet.

Jetzt geht es um die Tatsache, sehr geehrte Damen und Herren auch von den FREIEN WÄHLERN, dass – dies sprechen Sie in Ihrem Antrag auch kurz an – Schengen nicht so funktioniert, wie wir uns und Sie sich das vorgestellt haben, und wir deshalb der Aufgabe des Grenzschutzes mehr Kompetenz und mehr Manpower geben bzw. sie mit mehr Sensibilität anmahnen müssen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Binnengrenzkontrollen wieder einführen ist jetzt dran!)

Wir kontrollieren unsere Binnengrenze in den letzten Monaten verstärkt. Wir wollen diese Grenzkontrollen fortsetzen und wissen, dass wir für die Bewältigung dieser immer schwieriger werdenden Aufgabe Personal brauchen. Deshalb haben wir zusätzlich zu den anderen Stellen 500 neue Stellen geschaffen. Für die Erfüllung der Aufgaben brauchen wir fachlich ausgebildete, kompetente und noch mehr als bisher spezialisierte Kräfte an dieser Grenze.

Zur Ziffer 3 Ihres Antrags möchte ich Folgendes sagen: Ja, das tun wir. Im Fokus steht die einheitliche Regelung zum Schutz der EU-Außengrenzen. Wir müssen in Deutschland und in Bayern wissen, wer in die EU einreist und wer sich hier aufhält. Wir begrüßen deshalb die Annahme der PNR-Richtlinie der EU sowie die erst kürzlich erfolgte Annahme des Verordnungsentwurfs für den Ausbau von Frontex.

Wir setzen uns dafür ein, dass die weiteren bereits vorliegenden Gesetzgebungsvorschläge zur Terrorismusbekämpfung rasch umgesetzt werden. Das ist zwar bekannt, aber Sie haben vorhin danach gefragt. Wir haben diese Vorschläge unterstützt, ja zum Teil selbst eingebracht. Natürlich stehen wir hinter Gesetzgebungsvorschlägen zur Terrorismusbekämpfung, zum Beispiel für ein Einreise- und Ausreisensystem für die Kontrolle von Reisebewegungen. Wir wollen das Reisegenehmigungs- und -informationssystem ESTA einführen. Wir wollen den Erwerb und den Besitz von Feuerwaffen

besser kontrollieren. Wir wollen den europäischen Kriminalaktennachweis ECRIS. Wir brauchen einen Aktionsplan zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus, eine Bekämpfung der Dokumentenfälschung sowie die volle Anwendung der EU-Regeln zu Vorprodukten von Sprengstoffen. Außerdem müssen wir verstärkt mit Drittstaaten zusammenarbeiten, unter anderem auch mit der Türkei. All das soll möglichst schnell umgesetzt und mit Leben erfüllt werden.

Sie haben das Thema Personalstärke angesprochen. Dazu darf ich feststellen: Ja, wir handeln. Das Ergebnis der Kabinettsklausur in St. Quirin war, dass für das Konzept "Sicherheit durch Stärke" im aktuell umgesetzten Haushalt insgesamt 2.000 neue Stellen geschaffen werden. Das ist im neuen Doppelhaushalt vorgesehen. Ich bin überzeugt, dass die CSU diesem Doppelhaushalt zustimmen wird. Sie können Ihre Mühe, die Personalstärke der Polizei zu erhöhen, dadurch in die Realität umsetzen, dass Sie einfach diesem Doppelhaushalt zustimmen. Sehr geehrte Damen und Herren, wir setzen den von uns eingeschlagenen Kurs durch die Umsetzung im Haushalt in die Realität um. Wir beabsichtigen, diesen Kurs fortzuführen und von 2021 bis 2023 jährlich noch einmal 500 Stellen für die Polizei neu zu schaffen. Zu den bereits beschlossen bzw. umzusetzenden 2.000 Stellen kommen also insgesamt noch einmal 1.500 on top.

Von diesen 1.500 Stellen on top sind 500 für die Sonderaufgabe "Grenze" vorgesehen. Das ist gut, spiegelt es doch wider, was wir immer wieder sagen: Wir können nicht nur über Sicherheit reden. Wir müssen für die Sicherheit auch die notwendige finanzielle und personelle Ausstattung bereitstellen. Wir tun das in hervorragender Weise und werden das auch weiterhin tun.

Der Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER zeigt, dass offenbar ein großes Informationsbedürfnis besteht. Wir werden dieses Informationsbedürfnis in unseren Antrag einbinden. Deshalb fordern wir einen schriftlichen Bericht der Staatsregierung, wie das Konzept für die Grenzpolizei aussehen soll.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Zwischenbemerkung: Herr Kollege Häusler, bitte.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Ländner, Sie haben vorhin ausgeführt, dass in Bayern niemand eine Grenzpolizei einführen möchte. Sie haben in Banz einen 10-Punkte-Plan beschlossen. Sie waren doch mit dabei. Wenn sich zwischenzeitlich etwas daran geändert haben sollte, hätten Sie uns das sagen können. Dort steht unter dem Punkt 1 "Sicherheit": "Neue bayerische Grenzpolizei mit 500 Polizeibeamten'Das ist eine Besonderheit, die es nirgendwo anders geben wird', so Söder."

Manfred Ländner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Entweder haben Sie mir nicht zugehört, oder Sie haben den von mir eingangs verwendeten Satz gestrichen. Sie wollen es nicht verstehen.

(Beifall bei der CSU)

Einem durchschnittlich begabten mitteleuropäischen Menschen

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bitte!)

wie mir ist klar, dass wir einmal eine Bayerische Grenzpolizei hatten. Diese wurde abgeschafft. Das habe ich erläutert. Der Eiserne Vorhang ist gefallen. Ich habe erläutert, dass wir jetzt an der Grenze mehr, speziell sensibilisiertes, kompetentes und ausgebildetes Personal brauchen. Dieses Personal kann ich nicht "Wasserpolizei" oder "Hubschrauberpolizei" nennen. Das Personal hat die Aufgabe, an der Grenze tätig zu sein. Also nennen wir dieses Personal "Grenzpolizei". Was ist dann dabei?

(Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Gerade haben Sie noch gesagt, dass wir keine Grenzpolizei haben!)

– Keine Grenzpolizei im Sinne der eigenen Bayerischen Grenzpolizei mit einem Präsidium der Bayerischen Grenzpolizei, wie das im Grundgesetz festgelegt war und später

abgeschafft wurde. Für den Schutz der Außengrenzen waren die Länder Österreich und Bayern zuständig. Ist denn das so schwer?

(Beifall bei der CSU)

Ich glaube, Sie könnten das verstehen, wenn Sie es verstehen wollten. Sollten Sie sich an dem Begriff "Grenzpolizei" aufhängen, dann suchen Sie ein anderes Wort. Es ist nun einmal so, dass zwischen den Ländern Österreich, Tschechien und Bayern eine Grenze verläuft. Nennen Sie diese Grenze "Linie", dann hätten wir eine "Linienpolizei". Ich bitte Sie bei diesem Thema um etwas mehr Gelassenheit.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat nun Frau Kollegin Gottstein das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich sehe das Display nicht. Ich weiß überhaupt nicht, wie viel Redezeit ich noch habe.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Da vorne!)

– Ach, da vorne. Danke. Ich sehe es. Entschuldigung.

Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ländner, auch ich zähle mich zu den durchschnittlich begabten Menschen Bayerns. Es gibt zum Beispiel eine Definition von Kakao. Ein Kakaogetränk muss aus, keine Ahnung, etwa 50 % Kakaobohnen bestehen. Ein Kaba ist ein Getränk, das aus weniger als 50 % Kakaobohnen besteht.

Genau hier beginnt Ihr Fehler. Deshalb haben wir in unserem Dringlichkeitsantrag festgestellt, dass wir keinen Etikettenschwindel wollen. Sie dürfen nicht Kaba zu Kakao sagen, und Sie dürfen zu Kakao auch nicht Kaba sagen. Sie wollen eine Grenzpolizei, die ganz klar juristisch und sprachlich definiert ist. Deshalb können Sie

nicht sagen: Ich meine die Grenzpolizei, die eben an der bayerischen Grenze ist. Zur politischen Glaubwürdigkeit gehört sprachliche Korrektheit. Die Dinge dürfen nicht vermischt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ich weiß nicht, zu welchem Dringlichkeitsantrag Sie eigentlich gesprochen haben. Laut Tagesordnung ist momentan nur der Dringlichkeitsantrag der CSU unter der Überschrift "Binnengrenzkontrollen verlängern – Besserer Schutz der EU-Außengrenzen" aufgerufen. Die Überschrift des Dringlichkeitsantrags der FREIEN WÄHLER lautet "Binnengrenzkontrollen verlängern – besserer Schutz der EU-Außengrenzen, aber keinen Etikettenschwindel". Diesen Zusatz haben wir ergänzt. Sie haben außerdem zum Dringlichkeitsantrag der SPD, betreffend "Grenzpolizei", gesprochen, der jetzt gar nicht zur Debatte steht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wie Sie bereits korrekt gesagt haben, hatten wir von 1946 bis 1998 eine Grenzpolizei. Deshalb wollen wir darauf hinweisen, dass im Grundgesetz klar geregelt ist, dass der grenzpolizeiliche Schutz des Bundesgebietes der Bundespolizei obliegt und der Bund die Aufgaben des grenzpolizeilichen Einzeldienstes grundsätzlich mit eigenen Kräften wahrnimmt. Deswegen gibt es schon rein sprachlich keinen bayerischen Grenzschutz. Deshalb ist es für uns ein Etikettenschwindel, wenn die Bevölkerung plötzlich beruhigt werden soll, indem man sagt, wir bauen eine Grenzpolizei auf. Diese dürfen wir aber gar nicht aufbauen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das zielt nämlich auf gewisse Gefühle und Empfindungen ab. Das ist nicht korrekt. Da bewegen Sie sich auf sehr dünnem Eis.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Was heißt das? – Da haben Sie bereits Visionen, damit könnte man noch leben. Es sind aber konkrete Absichten. Sie fordern ein eigenes Abzeichen. Schreiben Sie darauf "Kakao" oder "Kaba"? Oder schreiben Sie "Grenzpolizei nach eigener bayerischer Definition" drauf?

(Zuruf von der CSU)

– Natürlich geht es darum. Sie dürfen nicht "Grenzpolizei" draufschreiben, weil dieses Abzeichen bereits die Bundesgrenzpolizei trägt. Sie wollen ein eigenes Abzeichen, 500 Mann – "Frau" sagen Sie nicht dazu – und 160 Einsatzfahrzeuge. Es geht nicht darum, dass wir das alles nicht unterstützen wollen. Deswegen haben wir unseren Antrag sehr differenziert gestellt. Wir wollen sehr viel und freuen uns, dass auch Sie dies fordern; denn bisher haben Sie bereits manches abgelehnt.

Wir fordern hier also eine intensivere Zusammenarbeit, das heißt natürlich, in Form von FRONTEX und im Rahmen der Bundespolizei. Das bedeutet für uns natürlich auch, nicht nur ein Polizeikooperationszentrum oder Gemeinsames Zentrum Passau, sondern vielleicht ein zweites oder drittes Zentrum. Da sind wir FREIEN WÄHLER sofort dabei. Aber warum muss diese Einrichtung "Grenzpolizei" heißen? – Das geht nicht. Wie gesagt, daran stören wir uns. Nicht nur wir, sondern auch die Bevölkerung hat dafür ein sehr feines Gespür.

Wir fordern natürlich, dass hier die Schleierfahndung erhöht wird. Wir haben in der Vergangenheit zwei oder drei Anträge gestellt und darin ganz human 50 und mehr Polizisten gefordert. Ich glaube, Herr Kollege Pohl hat dann 170 gefordert. Dann haben wir aber gehört, dass gehe nicht, weil wir uns diese Polizisten nicht backen können. Diese Polizisten können wir uns auch jetzt noch nicht backen. Klar ist auch: Auch Ihre 500 Polizisten sind noch in der Backröhre. Wir sind da dabei, aber dafür braucht man kein eigenes Konzept. Das ist ein Misstrauen gegenüber der gegenwärtigen Schleierfahndung.

Sie sind genauso wie wir in den Polizeipräsidiën und bei der Bereitschaftspolizei unterwegs. Ich habe noch von keinem der Präsidenten gehört, dass sie für die Schleierfahndung eine eigene Organisation brauchen. Die Polizeipräsidenten haben immer nur mehr Schleierfahnder und eine Ausweitung des Grenzgebiets gefordert, in dem die Schleierfahndung tätig werden darf. Da sind wir überall dabei. Aber man braucht bestimmt keinen neuen Wasserkopf mit A-13-, A-14- und A-15-Stellen. Wir brauchen draußen vor Ort Manpower und Womanpower. Da sind wir dabei. Aber da drumherum einen Wasserkopf zu machen, klingt nach Bürokratie. Das wollen wir nicht mittragen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Im Übrigen wird diese Idee auch in den Reihen der Polizei nicht sehr gerne gesehen. Zwei Tage, nachdem das Thema Grenzpolizei das erste Mal von Ihnen unter die Leute gebracht wurde, fand in München das Benefizkonzert der bayerischen Bereitschaftspolizei statt. Sie waren nicht anwesend. Da sieht man eigentlich fast nur Polizei, und das ist schön. Dort konnte man sich gut unterhalten. Ich war – natürlich außer unserem Innenminister – wohl die einzige Abgeordnete und habe viele Gespräche geführt. Die Kommentare, die speziell vonseiten der Polizei, vom untersten bis zum obersten Rang, zu Ihrem Vorschlag gebracht worden sind, tauschen wir einmal privat aus.

Wir wollen als Weiteres natürlich, dass – – Jetzt habe ich Herrn Ländner so lange angeschaut, dass ich ganz aus dem Konzept gekommen bin.

(Allgemeine Heiterkeit)

Aber ich werde nicht rot.

Es ist eigentlich ein Widerspruch, dass man einerseits sagt, man baue das Ganze aus. Wie gesagt, wir sind dabei, wenden uns aber gegen diesen Etikettenschwindel mit einer eventuellen Bürokratie und einem Wasserkopf. Andererseits sagt man momentan, man hat am Flughafen in Memmingen ein Abkommen mit der Bundespolizei und am Flughafen in Nürnberg ein Abkommen mit der Bundespolizei und der bayerischen

Polizei. Insofern fordern wir im vierten Spiegelstrich unseres Antrags noch einen Bericht.

Ich habe hoffentlich deutlich gesagt: Uns geht es natürlich um diese Sache. Deshalb werden wir Ihrem Antrag natürlich zustimmen. Solange die Außengrenzen der EU nicht geschützt werden, muss man das an den eigenen Grenzen machen. Eine solche Maßnahme haben die FREIEN WÄHLER immer mitgetragen. Das tun wir auch weiterhin. Deswegen sind wir natürlich auch für eine Fortführung der Grenzkontrollen, speziell zwischen Bayern und Österreich. Wir wenden uns aber gegen das Wort "Grenzpolizei", letztendlich auch mit dieser Organisation.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ländner (CSU))

– Nein, Herr Ländner. Sie haben vielleicht zu wenig Kaba oder Kakao getrunken, um den Unterschied zu kennen. Dieser Unterschied ist da. Es macht einen tiefgreifenden Unterschied, wenn man zur Bevölkerung sagt, man hat eine eigene Grenzpolizei. Das ist ein bisschen größenwahnsinnig. Wir sind ein Bundesland der Bundesrepublik Deutschland. Deren Grenzen werden von der Bundespolizei geschützt. Darin, dass wir in unserem Grenzbereich sehr wohl eine Aufstockung brauchen, sind wir uns einig. Insofern hoffen wir, dass Sie das Personal verstärken, vielleicht auch durch Entlastungen auf anderen Ebenen. Da werden wir uns immer wieder bei Anträgen begegnen. Suggestieren Sie der Bevölkerung jedoch nicht etwas, was Sie nicht halten können!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, bitte bleiben Sie am Rednerpult zu einer Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Ländner. Herr Kollege Ländner, bitte.

Manfred Ländner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Liebe Frau Kollegin Gottstein, mal ganz ohne Schaum vor dem Mund: Es gibt bei der Polizei die unterschiedlichsten Abzeichen. Die Bereitschaftspolizei hat eines, die einzelnen Präsidien haben

welche, auch das SEK hat ein Abzeichen. Ich sehe nirgendwo ein großes Problem, wenn auch die an der Grenze einzusetzende Polizei ein eigenes Abzeichen bekommt.

Wir sind uns wohl auch darin einig, dass die Aufgaben an der Grenze schwierig sind, dass sie erfüllt werden müssen und wir dafür Personal brauchen. Dann geht das Ganze in unserem Berichtsantrag zusammen. Ja, wir wollen wissen, wie das Ganze ausschauen soll. Auch der Formulierung unter II Ihres Antrags, die ich genannt habe, stimmen wir zu; diese entspricht nämlich unserem Antrag bezüglich der Fortsetzung der Kontrollen.

Ich bezweifle, dass das Hohe Haus in seinen Grundfesten erschüttert werden würde, wenn es nur noch darum geht, ob diese Truppe, diese Beamtinnen und Beamten, die diesen Dienst tun, natürlich in die Inspektion integriert – aber das wird dann im Bericht stehen –, ein Abzeichen "Grenzpolizei" oder ein Abzeichen "Niederbayern" tragen. Warten wir es einmal ab. Wir wissen alle, dass die Grenzpolizei abgeschafft ist und dass wir an der Grenze eine neue Herausforderung haben, wofür wir Manpower, Womanpower und natürlich Spezialwissen brauchen, und das wollen wir tun.

(Beifall bei der CSU)

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Lieber Herr Kollege, ich habe keinen Schaum vor dem Mund, auch keinen Lippenstift mehr, weil der Tag schon so lange war.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich glaube, dass wir uns im Ziel einig sind, bezweifle aber, dass wir neue Aufgaben haben. Diese Aufgaben haben wir zumindest schon im vierten Jahr. Wir glauben auch nicht, dass das Ding einen neuen Namen braucht, weil wir da eine gefährliche Entwicklung sehen, die sehr nach Abschottung klingt.

(Zuruf von der CSU)

– Doch. Ich glaube, dass es nicht in unserem Sinne ist, zu sagen, Bayern hat eine eigene Grenzpolizei. Ich darf mich dann ja in Nordrhein-Westfalen bei meiner Tochter gar nicht mehr sehen lassen.

(Zuruf von der CSU)

– Nein. Dieser Spaß ist vielleicht nicht angebracht. Es ist eine Namensgebung, die nicht korrekt ist und der Bevölkerung etwas suggeriert, was wir so nicht einhalten können und auch nicht wollen. Ich bezweifle, dass wir völlig neue Aufgaben haben. Dass wir diese Aufgaben lösen, indem wir hier neue Verbände und Strukturen schaffen, bezweifeln wir auch. Ich habe dies bei meinen vielen Besuchen bei der Polizei nicht gehört. Wir brauchen mehr hoch ausgebildetes Personal und keine Polizei, die so viele Überstunden vor sich herschiebt. Darüber müssen wir reden. Das andere ist für uns nicht nur ein Effekt nebenbei. Das wissen Sie auch. Sie werfen uns immer Populismus vor. Was hier passiert, ist Populismus im schlechtesten Stil.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion: Herr Kollege Rosenthal. Bitte schön, Herr Kollege.

Georg Rosenthal (SPD): Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich den Dringlichkeitsantrag der CSU bekam, habe ich mir gedacht: Wie viel Bundesaußenpolitik wird denn jetzt noch zu Innenpolitik im Bayerischen Landtag?

Aber es wird ja vorsichtig formuliert: Einmal wird dazu aufgefordert, die Grenzkontrollen über den Mai 2018 hinaus zu verlängern. Gleichzeitig wird die Staatsregierung aufgefordert, auf Bundes- und Europaebene weiterhin Schutz an den Außen- und den Binnengrenzen einzusetzen, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten.

Wer heute die Bundestagsdebatte mit der Regierungserklärung der geschäftsführenden Bundeskanzlerin verfolgt hat,

(Ludwig Freiherr von Lerchenfeld (CSU): Wird übergangen!)

konnte sehr deutlich sehen, dass wir uns voll auf dem Gebiet der Außenpolitik Deutschlands befinden. Frau Bundeskanzlerin Merkel hat heute im Bundestag erklärt, dass in Europa dringend ein gemeinsames Asylsystem aufgebaut werden muss. Sie mahnte auch, Solidarität dürfe keine Einbahnstraße sein.

Ich kann nur sagen, dass mich die Erklärung des Kollegen Ländner aufgrund des Dringlichkeitsantrags genauso irritiert hat, wie das Kollegin Gottstein angesprochen hat. Ich habe auch gedacht: Habe ich den falschen Dringlichkeitsantrag auf dem Schreibtisch liegen? Die Erläuterungen und Erklärungen des Kollegen Ländner haben mir aber sehr deutlich gezeigt, worum es geht: Polizei mit besonderen Abzeichen – es geht um Symbolpolitik. Dies ist Vorbereitung für den kommenden Wahlkampf, bzw. wir stecken schon mittendrin.

Man muss sich immer wieder vergegenwärtigen, dass diese Grenzkontrollen nur Grenzkontrollen zwischen Österreich und Deutschland sind. Wir tun so, als ob es keine anderen Außengrenzen der Bundesrepublik Deutschland gäbe. Wenn man sich das genau anschaut, sieht man, dass sich die Kontrollen an der Autobahnausfahrt aus Richtung Österreich hinter der Ausfahrt befinden. Das heißt, man könnte durchaus vorher ausweichen. Das heißt, was sich auch statistisch nachweisen lässt, im Umkehrschluss: Das wird auch gemacht. Es hat auch eine klare Verschiebung gegeben, die andere Grenzen belastet, etwa im Binnenbereich der Bundesrepublik Deutschland. Noch viel schlimmer ist aber die zunehmend eintretende Entsolidarisierung.

Andere Staaten müssen zusätzliche Lasten tragen. Gleichzeitig fordern wir, dass der Schutz der Außengrenzen aufgrund des Schengener Abkommens ernst genommen, wiederhergestellt und verbessert werden muss. Wie soll das zusammengehen, wenn wir bei der EU permanente Verlängerungen beantragen, gleichzeitig aber für offene Grenzen und Freizügigkeit in Europa werben? – Beachtet man die Aussagen der Rat-Präsidentschaft, die gerade bei Bulgarien liegt, sowie dessen Außenministerin, dann

wird sehr deutlich, dass die EU die Bundesrepublik Deutschland einerseits auffordert, die offenen Grenzen im Sinne der Freizügigkeit zu beachten, dass andererseits aufgrund des Schengener Abkommens nur Ausnahmen möglich sind.

Im Augenblick werden hier permanente Verlängerungen als Ausnahme deklariert. Im September 2015 wurden sie eingeführt. Es gab mehrfache Verlängerungen, zuletzt im November 2017. Für den Mai 2018 ist der Fristablauf geplant. Es wird aber eine erneute Verlängerung angestrebt.

Im Bundestag ist diese Diskussion in vollem Gange. Sie hat auch Auswirkungen auf die Verhandlungen über den Koalitionsvertrag gehabt und findet in diesem ihren sehr deutlichen Niederschlag.

Die Skepsis bei einer erneuten Verlängerung wächst. Warum wächst die Skepsis? – Weil bedacht werden muss, dass an den Außengrenzen ein Rückgang der illegal Eingereisten um 60 % stattgefunden hat. Außerdem haben Routenverschiebungen bei den Geflüchteten dazu geführt, dass andere Länder zusätzliche Lasten tragen müssen, weil wir als bayerischer Staat an der deutsch-österreichischen Grenze eine Sonderpolitik gleichsam unterhalb der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland verfolgen. Das kann nicht lange gut gehen.

Wir fordern gleichzeitig ein solidarisches Europa – solidarisch bezüglich der Finanzen, solidarisch bezüglich der Flüchtlingspolitik. Wir mahnen ein gemeinsames europäisches Asylsystem an, erheben aber gleichsam unterhalb dieser Forderungen eine eigene Politik zum Maßstab der europäischen Länder.

Was muten wir den Bewohnern an dieser Grenze zu? – Reisende im Stau, zusätzliche Kosten für die Unternehmer, weil die Preise für jene Unternehmen, die in den Grenzverkehr eingebunden sind, steigen. Das heißt, wir zahlen einen hohen Preis. Wir zahlen einen hohen Preis, was die europäische Politik angeht. Wir zahlen einen hohen Preis im wirtschaftlichen Bereich, und einen hohen Preis zahlt die deutsch-österreichische Grenzbevölkerung.

Es lässt sich auch belegen, dass es Ausweichverkehre gibt: Oberaudorf, Ebbs, Kieferfelden – alle engen Straßen werden genutzt, um diese Grenzkontrollen zu umfahren. Die Autobahn, die dafür gebaut ist, nationale Grenzen schneller zu überwinden, wird im Prinzip umgangen. Mit dieser Politik ist kein Ende des Staus abzusehen.

Diese Politik wird mit der Sicherheit begründet. Wie viel Grenze wird denn unter diesen Gesichtspunkten bewacht? Oder ist es nur Symbolpolitik? – Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehen das als reine Symbolpolitik an, die mal ihre intensive Berechtigung hatte, als vieles außer Kontrolle geraten war. Ich bitte an diesem Punkt die CSU darum, hier ernsthafte Gespräche mit der Vorsitzenden der CDU zu führen und diese noch einmal zu mahnen, sich dessen zu erinnern, was sie hier mit ihrer Politik ausgelöst hat. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben das an vielen Stellen mitgetragen, was uns nicht immer gutgetan hat.

Schengen – ein Blick zurück: Das Schengener Abkommen wurde erst mal von oben initiiert, aber die Menschen haben sich daran gewöhnt. Die ersten Abkommen von 1985 bis 1990 haben deutlich gemacht, und erst recht der erweiterte Schengenraum: Freie Grenzen tun Europa gut, tun den Menschen und der Wirtschaft, tun aber auch der Politik gut. Sie lassen die Akzeptanz für Europa wachsen. Die Grenzkontrollen belasten einseitig die Bewohnerinnen und Bewohner dieser Regionen. Die Zahlen schwanken um die Größenordnung von 300 Millionen herum. Das sind vorsichtige, aber wohl realistische Berechnungen. Auf die Bewohner umgerechnet ergibt das bis zu 132 Euro jährlich. Da kann man natürlich sagen: Das ist uns die Sicherheit wert. Ich glaube aber, wir haben andere Aufgaben in Europa, und wir haben in Europa andere Entwicklungsmöglichkeiten.

Das kann nur auf dem Wege der Solidarität geschehen. Das kann nur auf dem Wege der gemeinsamen Politik aller europäischen Staaten geschehen. Dazu gehört Frontex. Das tragen wir in vielen Debatten mit. Dies haben wir auch immer wieder unterstrichen. Aber gleichzeitig sind wir für die offenen Grenzen in Europa. Wir sind für die Verstärkung der Grenzkontrollen des Schengenraums. Wir betrachten dieses Sonder-

recht lediglich als extreme Ausnahme, wie es auch in den Verträgen der EU steht. Es trifft natürlich nicht nur die 26 Staaten, sondern auch Norwegen und die Schweiz. Aber Bulgarien und Rumänien trifft es nicht. Wie werden wir das machen, wenn diese Länder demnächst in den Schengenraum aufgenommen werden? Wie werden wir diesen Ländern, die spätestens nächstes Jahr in den Schengenraum aufgenommen werden, erklären, dass wir für uns Sonderrechte reklamieren? – Dänemark und Schweden tragen im Augenblick die Hauptlasten dieser einseitigen Politik Bayerns mit Österreich.

Wir lehnen den Dringlichkeitsantrag der CSU ab, weil wir das nicht länger fortsetzen wollen. Wir betrachten das als eine Symbolpolitik, die nicht notwendig ist. Der Bundestag weiß sehr wohl, dass er an dieser Stelle handeln muss. Die amtierende Bundesregierung auch unter Außenminister Gabriel intensiviert diese Gespräche bereits. Auf europäischer Ebene werden ebenfalls sehr intensive Gespräche geführt. Führen Sie doch auch einmal intensive Gespräche mit dem neuen Kanzler in Österreich oder vielleicht mit dem Ministerpräsidenten von Ungarn, um ihnen zu verdeutlichen, dass Solidarität keine Einbahnstraße ist.

(Beifall bei der SPD)

Dann wird Ihnen vielleicht Ihre Aufgabe deutlich, die Sie als CSU-Fraktion haben. Führen Sie die Gespräche doch mit Theresa May, auch wenn Großbritannien nicht zum Schengenraum gehört. Welche Symbolpolitik betreibt sie denn? Welche Diskussion, die dort zum Erfolg geführt hat, spielt beim Brexit eine entscheidende Rolle? – Man hat suggeriert, dass man Sicherheit durch die Grenzen des Inselstaates Großbritannien herstellen könne. Führen Sie doch Gespräche mit Herrn Cameron, der die EU an dieser Stelle vor die Wand gefahren hat.

Zwischen dem Antrag der FREIEN WÄHLER und dem, was Frau Gottstein ausgeführt hat, gibt es große Unterschiede. Deshalb werden wir auch diesen Dringlichkeitsantrag nicht unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Frau Kollegin Schulze das Wort.

Katharina Schulze (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Leider ist Herr Zellmeier von der CSU gerade nicht da. Er hat nämlich heute Morgen einen schönen Satz gesagt, bei dem ich lachen musste. Er hat gesagt, die CSU würde seriöse Politik machen und keine Scheinge-
fechte führen. Mit diesem Antrag beweisen Sie aber genau das Gegenteil.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Sie möchten die Binnengrenzkontrollen zu Österreich verlängern, und das ist strikt abzulehnen. Warum? – Zum einen widerspricht es dem europäischen Gedanken. Warum ist Europa gegründet worden? – Unter anderem deshalb, damit wir endlich keine Schlagbäume mehr haben. Das ist das Hauptsymbol. Wir müssen natürlich die Außengrenzen schützen, aber es gibt die Freizügigkeit im Inneren. Das ist das Schöne an Europa. Dafür lieben wir Europa. Das werden wir auch weiter verteidigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die bulgarische EU-Ratspräsidentschaft hat sich dafür ausgesprochen, dass die Binnengrenzkontrollen im Mai 2018 aufzugeben sind, weil sie europäischen Werten widersprechen. Mit Ihrem Antrag, in welchem Sie die Binnengrenzkontrollen verlängern wollen, widersprechen Sie also europäischen Werten. Deswegen ist dieser Antrag abzulehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der andere Punkt ist – sorry: diese Binnengrenzkontrollen zu Österreich sind ein absolutes Sicherheitsplacebo. Nach meiner Information gibt es bisher drei stationäre Kontrollen an drei Autobahnen. Aber von Österreich nach Deutschland gibt es mehr Grenzübergänge. Mittlerweile hat auch der Letzte gecheckt, dass er einfach einen anderen Weg nimmt, wenn er nicht in die Grenzkontrollen geraten möchte. Mit Ihrer Idee

der Grenzkontrollen, die angeblich mehr Sicherheit bringen sollen, verursachen Sie Stau und Ärger für Pendler und Unternehmen. Mit diesen Grenzkontrollen laufen Ihnen auch nicht die Leute in die Fänge, die Sie meinen, mit diesen Grenzkontrollen gegebenenfalls in die Fänge zu bekommen – oder so ungefähr. Den Satz kann man ungefähr zu Ende bringen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Es ist deutlich, was ich damit ausdrücken möchte. Diese Binnengrenzkontrollen sind ein Sicherheitsplacebo.

Jetzt komme ich zum dritten Punkt, und dieser regt mich am meisten auf. Mit Ihrem Antrag gehen Sie verantwortungslos mit unserer Polizei um.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Aha!)

Die Landespolizei ist nämlich nicht für die Grenzkontrollen zuständig. Ich weiß nicht, wie oft ich Ihnen das noch sagen muss. Gefühlt muss ich Ihnen das in jeder Sitzung des Innenausschusses sagen: Grenzkontrollen fallen unter das Bundesrecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie können noch so oft der Meinung sein, dass Sie die harten Hunde wären und selbst die Grenzen kontrollieren würden. Eigentlich ist das nicht die Aufgabe der Polizei. Ich finde es peinlich, dass Innenminister Herrmann bei de Maizière gebettelt hat, damit eine Einsatzhundertschaft der bayerischen Polizei der Bundespolizei aushelfen kann. Unsere Polizistinnen und Polizisten haben genug anderes zu tun. Sie haben zwei Millionen Überstunden. Sie haben viele andere Aufgaben, die weitaus dringender sind, als an der Grenze symbolische Grenzkontrollen durchzuführen. Der Antrag zeigt, dass Sie keinerlei Verantwortung unserer bayerischen Polizei gegenüber empfinden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun hat Herr Söder seine neueste Idee mit der Grenzpolizei geboren. Dafür möchte er 500 neue Leute. Herr Ländner hat in "Mansplaining-Art" erklärt, was er vielleicht damit meint oder auch nicht. Es sei ja doch nur das Abzeichen. Das sei ein eigenes Ding, und dafür bräuchten wir einfach nur 500 neue Leute. Jetzt komme ich zu dem Punkt, warum dieses Instrument, egal, wie man es genau definiert, Quatsch ist. Statten wir lieber die Polizeiinspektionen vor Ort gut aus, damit diese ihre Arbeit machen können. Herr Ländner, auch wenn Sie behaupten, dass diese 500 Leute on top kommen, müssen diese erst ausgebildet werden, und das dauert mindestens drei Jahre. Das heißt: Wenn Herr Söder seine Grenzpolizei haben möchte, dann braucht er dafür jetzt die Leute. Diese Leute müssen also von anderen Inspektionen abgezogen werden. Wenn ich mit den Polizistinnen und Polizisten vor Ort rede, dann wird immer deutlich gesagt: Die Zahlen sind alarmierend. Wir haben unglaublich viel zu tun, und wir brauchen Entlastung.

(Manfred Ländner (CSU): Sie kennen doch das Konzept gar nicht!)

Es kann nicht sein, dass die Polizei noch mehr Aufgaben zugewiesen bekommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch deswegen ist dieser Antrag abzulehnen. Wenn wir mehr Sicherheit haben möchten – wir, die GRÜNEN, möchten, dass alle Menschen in Bayern frei und sicher leben können –, dann müssen wir die europäische Zusammenarbeit stärken. Wir müssen mehr gemeinsame Ermittlungsteams einrichten. Wir brauchen mehr Personal, und wir müssen die Polizei von unwichtigeren Aufgaben entlasten. Wir müssen uns auf Themen wie Cyberkriminalität und die Expertinnen und Experten dafür konzentrieren. Das wären die richtigen Lösungen für ein sicheres Bayern, für ein sicheres Deutschland und damit auch für ein sicheres Europa.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann also nur feststellen, dass Ihr Antrag, genauso wie der Antrag der FREIEN WÄHLER, dem Wahlkampf geschuldet ist. Die Präsidentin hat den Wahlkampf heute schon eingeläutet. Also kann ich das gerne aufnehmen. Der Antrag ist ein reines Wahlkampfgeplänkel. Sie wollen den harten Hund markieren. Der Antrag ist europa-feindlich und geht auf Kosten unserer Polizei. Ganz ehrlich: Bei so etwas machen wir, die GRÜNEN, nicht mit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Bevor ich Herrn Staatssekretär Eck das Wort erteile, darf ich bekannt geben, dass die CSU-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt hat.

(Unruhe)

Herr Staatssekretär, bitte, Sie haben das Wort.

(Thomas Gehring (GRÜNE): So viel zur Mobilisierung!)

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Adelt von der SPD hat vor wenigen Wochen am Rednerpult gesagt: Lieber Kollege Adelt, bleib ruhig. An dieser Stelle sage ich nun: Kollege Eck, bleib auch ruhig. Ich verstehe die ganze Diskussion schier nicht.

(Lachen der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Die neue Strategie der GRÜNEN ist wie eine Wende um 180 Grad. Plötzlich sind Sie für die Polizei und für die Sicherheit. Das sagen Sie in einer Deutlichkeit, die kaum zu überbieten ist. Liebe Frau Kollegin Schulze, bevor Sie sagen, dass der Innenminister in Berlin bettelt, sollten Sie sich erkundigen. Im Herbst 2016 hat Innenminister de Maizière – das kann ich Ihnen schriftlich bestätigen – herzlich darum gebeten, von der bayerischen Polizei an der Grenze unterstützt zu werden. Wenn Sie behaupten, dass

der bayerische Innenminister darum bittet, unterstützen zu dürfen, ist das schlichtweg falsch.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Nach außen geht es Ihnen vermeintlich um Sicherheit. Wenn ich Ihre Rede Revue passieren lasse, muss ich jedoch feststellen, dass Sie gegen Grenzkontrollen sind.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Innerhalb Europas!)

Sie sagen, es werde nicht kontrolliert. Ich sage Ihnen: Wir haben ein integratives Konzept mit der Bundespolizei entwickelt. Die Grenzkontrollen werden abwechselnd und in Absprache mit der Bundespolizei durchgeführt. Deshalb markieren wir nicht die harten Hunde, sondern stehen für die innere Sicherheit. Wir sind in diesem Land für die innere Sicherheit verantwortlich. Das sollten Sie mittragen. In Ihrer Rede konnte ich das nicht feststellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, außerdem – das muss man auch in aller Deutlichkeit ansprechen – reden wir hier und heute nicht über die Grenzpolizei sowie über Organisation, Strukturen und Abzeichen oder Ähnliches. Wenn ich richtig informiert worden bin, wird das Thema Grenzpolizei erst in den nächsten Wochen und Tagen im Ausschuss beraten. Dort können Sie das Thema diskutieren.

Ich hoffe, Sie haben den Antrag gelesen. Wir reden heute über EU-Binnengrenzkontrollen. Wir sind uneingeschränkt der Meinung, dass diese beibehalten werden müssen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Binnengrenzkontrollen müssen auch länger als bis zum kommenden Mai beibehalten werden. Wir reden – das wird immer wieder vermischt – über einen Zentimeter hinter der Grenze. Ich wiederhole: Wir reden über einen Zentimeter hinter der Grenze. Wir reden über ein integriertes Konzept in Zusammenarbeit mit der Bundespolizei. Lieber Herr Kollege Rosenthal, es tut mir leid, aber ich muss das ansprechen. Die Rede, die Sie vorgetragen haben,

kann jeder inhaltlich bewerten, wie er will. Sie hätte jedoch besser in das Europaparlament als in den Bayerischen Landtag gepasst.

(Beifall bei der CSU)

Ich stelle fest: Der Schutz der EU-Außengrenzen ist derzeit immer noch nicht ausreichend gewährleistet. Im Hinblick auf die Wortbeiträge muss ich mich von den Bürgerinnen und Bürgern fragen lassen: Ist es euch egal, was passiert, bis die EU-Außengrenzen gesichert, ausgebaut und stabil sind? – Liebe Freunde, uns ist es nicht egal.

Sicherheit ist nur möglich – jetzt bringe ich es auf den Punkt –, wenn Europa seine Außengrenzen sichert. Ich sage das im Hinblick auf reisende Islamisten, Schleuser und Waffenhändler. Das ist an der Tagesordnung. Das muss man einfach so sagen, anstatt es auszublenden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Binnengrenzkontrollen gibt es seit dem 13.09.2015. Das ist bei dem einen oder anderen vielleicht aus dem Gedächtnis verschwunden. Sie werden von der Bundespolizei durchgeführt. Seit dem 15.12.2016 unterstützt Bayern die Bundespolizei bei den Grenzkontrollen mit einer Hundertschaft. Ich muss jetzt ein paar Zahlen ansprechen, die auch untergegangen sind. Seit Schließung der Balkanroute sind täglich Migranten im mittleren zweistelligen Bereich an der deutsch-österreichischen Grenze aufgegriffen worden. Das haben wir nicht gewollt. Liebe Freunde, das sind aber Fakten. Das müssen Sie sich einfach anhören. Im Jahr 2017 sind rund 19.900 Aufgriffe durch die Bundespolizei und die bayerische Polizei erfolgt. Bis Mitte Februar 2018 gab es über 2.500 Aufgriffe. Ich sage das noch einmal: Das sind fast 20.000 Aufgriffe im Jahr 2017 und 2.500 Aufgriffe bis Mitte Februar 2018, liebe Freunde.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Ich bin nicht Ihr Freund! – Isabell Zacharias (SPD): Ich auch nicht!)

Wir führen ergänzend zu den Grenzkontrollen der Bundespolizei – darauf bin ich auch stolz – flankierend die Schleierfahndung als bayerisches Erfolgsmodell durch – einen Zentimeter hinter der Grenze. Liebe Freunde, das machen wir nicht gern, aber das

sind die Fakten. Jährlich haben wir 20.000 Aufgriffe. Ich nenne Ihnen ein paar Beispiele. Im Dezember 2017 gab es in Deggendorf zwei Festnahmen wegen Besitzes mehrerer Kilos an Amphetaminen und Cannabis in einem Fernreisebus auf dem Weg nach Österreich durch Fahnder der VPI Deggendorf. Im Jahr 2017 sind fast 4.000 Delikte nach dem Ausländerrecht sowie 120 Kfz-Delikte aufgedeckt worden – trotz Grenzkontrollen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Und Sie sagen, Grenzkontrollen seien nicht nötig und nicht so wichtig, wir bräuchten uns nicht einzumischen. Das ist jedoch unabdingbar. Das beweisen uns die Zahlen. Bis zur Gewährleistung der Sicherheit an den EU-Außengrenzen sind Binnengrenzkontrollen unentbehrlich. Ansonsten gehen wir letztendlich auf ein Sicherheitsvakuum zu. Der Bund ist aufgefordert, solche Kontrollen auch an allen anderen deutschen Grenzen durchzuführen. Ich hoffe, der zukünftige Bundesinnenminister wirkt auf eine Verlängerung der Binnengrenzkontrollen hin. Als letzten Satz sage ich noch einmal: Die Binnengrenzkontrollen sind unabdingbar. Wir reden über einen Zentimeter hinter der Grenze.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatssekretär, bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Herr Kollege Mistol hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Staatssekretär, kürzlich war ich mit dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in Brüssel. Wir hatten ein Gespräch mit dem EU-Kommissar Günther Oettinger, der bekanntlich auch der Union angehört. Er hat unsere Delegation gefragt, ob es wirklich sinnvoll ist, dass die Grenze zwischen Österreich und Deutschland kontrolliert wird. Er hat die Frage gestellt, ob es nicht viel sinnvoller wäre, wenn Bayern dabei helfen würde, die EU-Außengrenzen zu sichern. Ich frage Sie, was Sie zu dieser Aussage sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Lieber Herr Kollege, welche Gespräche Sie mit Herrn Oettinger führen, ist mir vollkommen egal, wenn ich bei solchen Gesprächen nicht dabei bin. Wenn ich den Hintergrund und das Fundament dieses Gesprächs nicht kenne, können Sie von mir in keiner Weise erwarten, dass ich auf solch unqualifizierte Fragen eine Antwort gebe.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Präsidentin Barbara Stamm: – Herr Kollege von Brunn, ich glaube, ich habe jetzt das Wort. Danke schön. – Nachdem mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, ist die Aussprache geschlossen. Vonseiten der CSU wurde namentliche Abstimmung beantragt. Die Zeit, um zur namentlichen Abstimmung überzugehen, ist noch nicht abgelaufen. Dann fahren wir in der Tagesordnung fort.

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, komme ich zur Geschäftsgrundlage. Zu Tagesordnungspunkt 8 ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Wir können Tagesordnungspunkt 8 heute noch abschließen. Für die Tagesordnungspunkte 9 und 10 brauchen wir etwa 64 Minuten. Wir werden es heute nicht mehr schaffen, zur Abstimmung zu kommen. Ich schlage Ihnen vor, noch Tagesordnungspunkt 11 aufzurufen. Dort beträgt die Beratungszeit circa 32 Minuten. Damit müssten wir zurande kommen. Besteht damit Einverständnis?

(Isabell Zacharias (SPD): Sehr gerne!)

– Vielen Dank. Es ist gut, dass wir das gemeinsam machen können.

(...)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Wir kommen zurück zu den beiden Dringlichkeitsanträgen zum Thema Binnengrenzkontrollen. Ich beginne mit der nicht namentlichen Abstimmung zum Antrag auf Drucksache 17/20839; das ist der Antrag der FREIEN WÄHLER. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das

Handzeichen. – Das ist die Fraktion FREIE WÄHLER. Gegenstimmen, bitte. – CSU-Fraktion, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Kollege Felbinger (fraktionslos). Gibt's Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/20792. Ich eröffne die Abstimmung. Sind Sie mit drei Minuten einverstanden? – Danke. – Noch 15 Sekunden.

(Namentliche Abstimmung von 17.01 bis 17.04 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich schließe die Abstimmung. Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen. Das Ergebnis wird wie immer draußen ermittelt.

Ich gebe noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kreuzer, Zellmeier, Freller und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Binnengrenzkontrollen verlängern – Besserer Schutz der EU-Außengrenzen" auf Drucksache 17/20792 bekannt: Mit Ja haben 76 Abgeordnete, mit Nein haben 46 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.02.2018 zu Tagesordnungspunkt 13: Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Karl Freller u. a. und Fraktion CSU; Binnengrenzkontrollen verlängern - Besserer Schutz der EU-Außengrenzen (Drucksache 17/20792)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Gibis Max	X		
Aigner Ilse				Glauber Thorsten			
Aiwanger Hubert	X			Dr. Goppel Thomas	X		
Arnold Horst				Gote Ulrike		X	
Aures Inge		X		Gottstein Eva	X		
				Güll Martin		X	
Bachhuber Martin	X			Güller Harald		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Guttenberger Petra	X		
Bauer Volker	X						
Baumgärtner Jürgen				Haderthauer Christine			
Prof. Dr. Bausback Winfried				Häusler Johann	X		
Beißwenger Eric				Halbleib Volkmar		X	
Dr. Bernhard Otmar				Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann				Hartmann Ludwig		X	
Blume Markus	X			Heckner Ingrid			
Bocklet Reinhold	X			Heike Jürgen W.			
Brannekämper Robert	X			Herold Hans	X		
Brendel-Fischer Gudrun				Dr. Herrmann Florian	X		
von Brunn Florian		X		Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold			
				Hiersemann Alexandra			
Celina Kerstin		X		Hintersberger Johannes			
				Hözl Florian	X		
Deckwerth Ilona		X		Hofmann Michael	X		
Dettenhöfer Petra				Holetschek Klaus	X		
Dorow Alex	X			Dr. Hopp Gerhard	X		
Dünkel Norbert	X			Huber Erwin			
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel			
				Dr. Huber Martin			
Eck Gerhard	X			Huber Thomas	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X			Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Eisenreich Georg				Huml Melanie			
Fackler Wolfgang	X			Imhof Hermann	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen	X						
Fehlner Martina				Jörg Oliver	X		
Felbinger Günther	X						
Flierl Alexander	X			Kamm Christine		X	
Freller Karl	X			Kaniber Michaela	X		
Füracker Albert				Karl Annette			
				Kirchner Sandro	X		
Ganserer Markus		X		Knoblauch Günther			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			König Alexander	X		
Gehring Thomas		X		Kohnen Natascha		X	
Gerlach Judith				Kränzle Bernd			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus			
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto			
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander			
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin		X	
Sauter Alfred	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara			
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus			
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde			
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno			
Gesamtsumme	76	46	0